

Wenngleich die NDFP/PPP mitsamt ihrer bis Mitte der achtziger Jahre weltweit am schnellsten expandierten Guerilla, der *Neuen Volksarmee (NPA)*, ihre politisch-ideologische Vormachtstellung im linken Spektrum eingebüßt hat und der einst relativ homogene national-demokratische Block nicht mehr existiert, ist doch unbestritten, daß der überwiegende Teil der heutigen fortschrittlichen und linken Gruppierungen ihre Sozialisation und organisatorischen Fähigkeiten eben der NDFP verdanken. Ihre alten Kader um Sison, die sogenannten *Reaffirmists*, setzen auf Zeit und spe-

kulieren auf eine langsame, doch stetige Konsolidierung im Hinterland und Reaktivierung ihrer Massenorganisationen in den städtischen Zentren. Die sogenannten *Rejectionists*, mittlerweile selbst in vielfältige Initiativen, Parteien und Gruppierungen zerfasert und vornehmlich in den Großstädten aktiv, setzen demgegenüber auf neue Formen politischer Mobilisierung und Organisation jenseits der von den *Reaffirmists* ungebrochen verfolgten Strategie des langwierigen Volkskrieges. *"Grass Roots Empowerment"* ist ihr großes Ziel in kleinen Schritten — die Befähigung der Basis, in sämtli-

chen Lebensbereichen durch beharrliche Aufklärung, Schulung und Erziehung als politisch selbst- und verantwortungsbewußte BürgerInnen in Erscheinung zu treten. Nicht schlecht, wenn sich beides miteinander verknüpfen ließe.

Auf der etwa 600.000 TeilnehmerInnen zählenden Großdemonstration in Manila am 21. September waren jedenfalls beide "Fraktionen" zugegen — wenn schon nicht vereint, so doch einig darin, daß linke Perspektiven zumindest nach Ramos keineswegs verschüttet sind. 

## Die Qual der Wahl

Ein Gespräch mit Walden Bello über den (Vor-) Wahlkampf, geführt am 26. Nov. 1997 mit Katharina Stahlenbrecher im philippinenbüro, Essen.

**Frage:** Walden, Sie waren während des Sommersemesters in den Philippinen. Berichten Sie doch bitte vom Wahlkampf dort und von den letzten Vorbereitungen dazu.

■ **Walden Bello:** Bis etwa vor einer Woche war es allen ein Anliegen, ob Präsident Ramos noch einmal kandidieren würde. Es war die Frage, ob er für eine Verfassungsänderung kämpft, die ihm und den Abgeordneten eine erneute Kandidatur erlauben würde. Wie Sie wissen, gibt es in den Philippinen eine Beschränkung auf eine Amtsperiode, die für viele jetzt bedeutet, nicht mehr zur Wahl stehen zu können. Aber eine Großkundgebung im Luneta-Park mit sechs- bis siebenhunderttausend Teilnehmenden hat die klare Botschaft an Mr. Ramos gerichtet, nicht die Verfassung zu ändern und kein zweites Mal zu kandidieren. Daraufhin hat er betont, daß er sich definitiv kein zweites Mal um die Präsidentschaft bewirbt. Die Mehrheit der Bevölkerung ist jetzt überzeugt, daß er Wort hält.

Jetzt beginnt die Zeit des Positionserganges zwischen den verschiedenen Präsidentschaftskandidatinnen. Jetzt ist der Ring frei. Personen erklären ihre Bereitschaft zu kandidieren und sind in der Phase, Geld für ihren Wahlkampf zu akquirieren. Die Parteien — sowohl die der Regie-

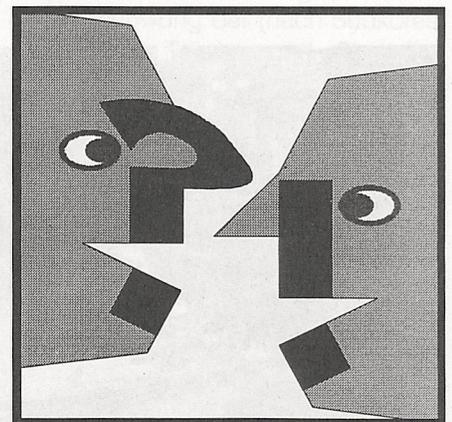
rung als auch die der Opposition — stehen unter dem Druck, in den nächsten zwei Monaten entscheiden zu müssen, wen sie ins Rennen schicken. Ich bin mir nicht im Klaren darüber, wer es letztlich sein wird.

*Zeichnen sich bereits Themen ab, die den Wahlkampf prägen werden? Welches wird das bestimmende Wahlkampfthema 1998 sein?*

■ Der Charakter des Vizepräsidenten (Estrada, Anm.d.Ü.) wurde zum Thema gemacht. Er hat ein paar prominente GegnerInnen, die sagen, er könne aufgrund seines unmoralischen Charakters kein Präsident sein. Ihm werden vier oder fünf Liebschaften zugeschrieben und Trunksucht. Es wird thematisiert, daß er keinen guten Repräsentanten der Philippinen abgeben könne.

Dann werden Miriam Defensor und der Vizepräsident attackiert, weil sie sich in wirtschaftlichen Belangen nicht auskennen. Sie verstehen nichts von Ökonomie, und die Gefahr besteht, wieder in die Zeit des wirtschaftlichen Protektionismus zurückgeworfen zu werden. Das wiederum würde ein niedrigeres Wirtschaftswachstum nach sich ziehen.

Und jetzt, da die Ökonomie kollabiert, rückt die Wirtschaft selbst in das Zentrum der Aufmerksamkeit. Vor Juli, vor der Abwertung des Peso,



## INTERVIEW

hatten sich alle, auch der Vizepräsident und alle andern, auf die gleiche Linie wirtschaftlicher Politik wie Präsident Ramos begeben, um das »Wirtschaftswunder« fortzuführen. Jetzt stellt sich heraus, daß diese Politik nicht funktioniert. Der Peso ist gefallen und uns steht eine Rezession ins Haus. Jetzt wird die Wirtschaftspolitik auf die Tagesordnung gesetzt. Da NIC 2000 (*Die Philippinen als Newly Industrialized Country bis zum Jahre 2000, das Ziel der Ramos Regierung, Anm. d.Ü.*) offensichtlich nicht in Erfüllung geht, werden sich viele, auch diejenigen, die von Präsident Ramos vorgeschlagen werden, von der wirtschaftlichen Plattform Ramos' entfernen.

*War Cha Cha (Charter Change) als Teil der Vorbereitungsphase vielleicht nur ein Ablenkungsmanöver?*

■ Ramos selber ist immer noch ein vieldiskutiertes Thema. Viele glauben weiterhin, daß er erneut

K. Stahlenbrecher ist Geschäftsführerin des Philippinenbüros, Essen.

kandidieren wird. Ich selbst und die meisten anderen sind überzeugt davon, daß er es nicht noch einmal versucht. Und wenn er nicht zur Wahl antritt, werden die genannten Themen zu Schlüsselthemen werden. Andere Bereiche, wie Menschenrechte, soziale Gerechtigkeit, Landreform sind gewichtige Themen, aber die sind noch nicht in das öffentliche Bewußtsein oder in die Medien vorge drungen.

*Dies sind klassische Themen von Gewerkschaften und linker Bewegung. Welche Position nehmen die progressiven Gruppierungen in dieser Wahl ein?*

■ Nun, manche Linke unterstützen bereits KandidatInnen. Estrada zum Beispiel wird von einer Reihe von Menschen unterstützt. Andere haben eine Partei gegründet, oder sie sind dabei sie zu gründen, »Aksyon«. Ein Teil der *Bewegung* hält sich von den Wahlen komplett zurück, sie bezeichnen sie als ein weiteres bürgerliches »happening«. Andere Teile werden vielleicht eingeschränkt teilnehmen, indem sie bestimmte KandidatInnen unterstützen, die sich für den Kongreß bewerben. Es gibt also keine einheitliche Vorgehensweise der Linken.

Die *Bewegung* ist meiner Ansicht nach nicht in der Lage, die Kampagnen der PräsidentschaftskandidatInnen nutzen zu können, um die fundamentalen strategischen Schlüsselthemen sozial-ökonomischer Fragen auf die Tagesordnung bringen zu können. Sie hat weder eine Strategie noch eine Taktik entwickelt.

*Wenn man zurückschaut, könnte man sich fragen, wofür die Einmischung der Linken in den Wahlen gut war. Der Boykottaufruf war ein Fehler, die Unterstützung einiger Kongreßabgeordneter und eines eigenen Kandidaten schlug fehl, das Anstoßen von Themen hat nicht viel Aufmerksamkeit erregt. Was ist Ihre Analyse, und wie wirkt sich das auf die bevorstehenden Wahlen aus?*

■ Nun, ich glaube, daß die Teilnahme und die Unterstützung von KandidatInnen in der Vergangenheit nicht funktioniert hat, war nicht das Ergebnis einer falschen Grundüberzeugung. Ich glaube, die Linke versagte, weil sie keine gut vorbereiteten Strategien hatte, wie sie teilnimmt. Sie hat sich nicht gerade verausgabt bei dem Thema. Viel dieser Unterstüt-

zungsarbeit war eher nominal als real. Es war nicht durch und durch organisiert, die KandidatInnen zu unterstützen oder die Debatten zu beeinflussen. Die Linken waren einfach nicht so vertraut mit dem Wahlvorgang an sich. Ich denke, daß Hauptproblem war, daß sie die Anforderungen einer Beteiligung an demokratischen oder formell-demokratischen Wahlen nicht ernst genug genommen haben.

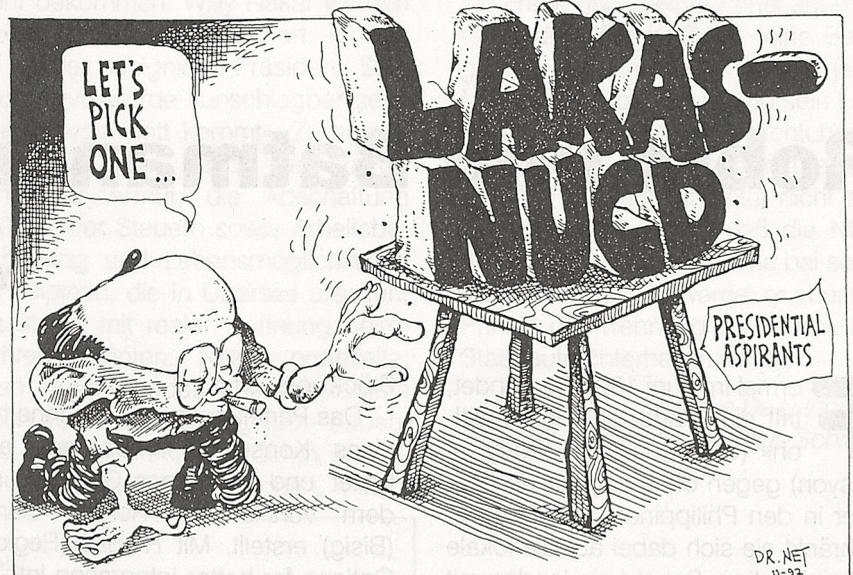
Zum Einen ist das Gefühl der Verpflichtung, an den Wahlen teilnehmen zu müssen, immer noch intellektueller Natur. Es ist noch nicht real. Es schlägt sich noch nicht in Organisation nieder. Es gibt wohl immer noch ein grundsätzlich ungu-tes Gefühl über die Partizipation in Wahlen. Dieses Unbehagen schwindet mehr und mehr. Wie schon gesagt, es gibt jetzt eine Partei. Ihr Hauptziel ist es, auf lokaler Ebene KandidatInnen aufzustellen. Auf nationaler Ebene geht es darum, den

in Fernsehen und Rundfunk zu machen. Wir reden hier über sehr viel Geld, wenn wir über Wahlbeteiligung auf diesem Niveau reden. Wenn die Linke — oder Teile von ihr — das alles ernstnimmt, dann ist das erste, was sie tun muß, alle Hebel in Bewegung zu setzen, um Geld für ihre KandidatInnen aufzutreiben.

*Warum sollten sie jetzt ernsthafter daran interessiert zu sein, an den Wahlen teilzunehmen?*

■ Ich meine, es gibt eine Beobachtung, die auch allgemein anerkannt ist: Wir haben keine revolutionäre Situation mehr in den Philippinen. Zweitens: Die Mehrheit der philippinischen Bevölkerung hält das gegenwärtige System für legitim. Drittens, und verknüpft damit: Das System wird nicht nur als legitim angesehen, sondern Wahlen, Repräsentation und diese Art formeller Demokratie werden als der richtige Weg eingeschätzt.

Die formelle oder Elitendemokratie ist nicht von jemanden der Masse



KandidatInnen Themen aufzudrängen. Das scheint mir eine ausgeklügelte Strategie zu sein; ob sie viel besser funktioniert als vorher können wir noch nicht sagen. Was wir sagen können ist, daß der Wille zur Partizipation ausgeprägt ist, ebenso die Anstrengungen, den Anforderungen eines Wahlkampfes gerecht zu werden. Unser System in den Philippinen ist derart, daß es ungeheuer teuer ist, in ein Amt gewählt zu werden. Ich denke, wir haben da die gleichen verfassungsmäßig festgelegten demokratischen Wahlmodi wie in den USA. Es kostet Geld, Menschen für sich in Demonstrationen und Paraden aufmarschieren zu lassen, Werbung

aufkotroyiert worden. Hier spielt nicht nur jemand mit den Menschen. Die Menschen nehmen Teil in dem Prozeß. Und weil sie teilnehmen, legitimieren sie das System. Ich denke also, die *Bewegung* in den Philippinen und die Menschen in den Philippinen haben bemerkt, daß sie sich an diesem System und an den Wahlen beteiligen müssen, denn die Menschen halten dies für den Weg, im Lande Veränderungen anzustoßen. Die andere Alternative, eine Revolution, wird zum jetzigen Zeitpunkt keine Unterstützung finden. Vielleicht später. Aber das System der Elitendemokratie hat sehr starke Wurzeln im Bewußtsein der Menschen.

Wir haben im Moment also einen interessanten Gegensatz. Es war einfacher, Marcos zu bekämpfen und UnterstützerInnen dafür zu gewinnen, sein autoritäres System zu stürzen, als es jetzt ist, einen tatsächlichen substantiellen Kurswechsel innerhalb der Elitendemokratie anzustoßen. Denn wenn man die Philippinen unter den Gesichtspunkten von Gleichheit, Verteilung der Güter, Verteilung von Zugangsmöglichkeiten und von Einkommen betrachtet, hat sich die Lage nicht verbessert. Sie ist sogar schlimmer geworden. Und dennoch ist es ein sehr stabiles System. Es wird durch Wahlen geführt. Es ist demokratisch im Sinne einer formellen Demokratie und die Position der »Upper Class« ist sogar gefestigt, denn jetzt genießen sie die Legitimation durch Wahlen.

Es ist paradox, es ist ironisch, daß eine Elitendemokratie das Land in einer konservativen Art und Weise stabilisieren kann. Somit haben wir in

den Philippinen das selbe Dilemma wie die Menschen in den USA oder in Europa: Wie verändern wir eine rein formelle Demokratie zu einer echten Demokratie? Wie erreichen wir mehr direkte demokratische Partizipation? Wie machen wir Demokratie, so daß sie nicht nur rein politisch, sondern auch sozial ist? Ich denke, in den Philippinen, in Thailand und Chile, in den USA, Deutschland und Frankreich teilen wir dieses Problem.

*Können Sie mir bitte sagen, wer zu Aksyon dazugehört?*

Verschiedene Gruppen und viele Menschen, die mal *National Democrats* waren. Manche, die zu *Bisig* gehören, eine Reihe von Sozialdemokraten, Menschen, die keinem Block angehören, sondern aktiv in einer Nichtregierungsorganisation gearbeitet haben, also eine sehr durchmischte Gruppe.

In Manila sind sie nicht so stark, aber in manchen Provinzgebieten konnten sie sich eine Basis aufbauen,

um dort KandidatInnen für die lokale Ebene zu präsentieren oder zu unterstützen. Diese Wahl soll ihr Start sein, jetzt wollen sie Erfahrungen sammeln, damit sie bei der nächsten Wahl in besserer Position sitzen, Unterstützung bekommen, antreten und gewinnen können.

*Das klingt nicht so viel anders als früher.*

Ich glaube von den Negativlektionen aus der Vergangenheit der späten Achtziger, von der Partido ng Bayan und von 1992, von der Unterstützung Salongas lernen sie eine Menge, speziell, wie man Wahlkampf nicht betreiben sollte. Ich habe nicht den Eindruck, das sie wieder bei Null anfangen. Es wird das Projekt einer Bewegung in eine größere Bewegung hinein, die politische Macht durch gewählte RepräsentantInnen sucht, die wiederum innerhalb des formellen demokratischen Prozesses anfangen, Themen zu forcieren.

## Robin und Batman in »Aksyon«

von Katharina Stahlenbrecher

Formal im Juni 1995 gegründet, tritt die »Partei der Bürgeraktion« (Citizen's Action Party — Aksyon) gegen die traditionellen Politiker in den Philippinen an. 1998 beschränkt sie sich dabei auf die lokale Administration. Sobald sie landesweit bekannt ist, hochrangige PolitikerInnen aus ihren Reihen hervorgebracht hat und sie genug Geld akquirieren kann, will sie an Wahlen auf nationaler Ebene teilnehmen. Ihr Ziel ist es, die Energie der politischen Blöcke, der sozialen Bewegungen und verschiedener Entwicklungs-NROs in ein neues politisches Vehikel umzusetzen. Sie geht davon aus, daß vor allem die veränderte ökonomische Lage eine neue Parteienlandschaft in den Philippinen erfordert und daß sie mit ihrer Gründung den anderen eine

Stück voraus ist.

Das Parteikonzept wurde innerhalb eines Konsultationsprozesses erarbeitet und von einer Gruppe unter dem Vorsitz von Ronald Llamas (Bisig) erstellt. Mit ROBIN (Regional Options for better Integration into the Nation) — Konferenzen in den Regionen — soll der Austausch zwischen Hauptstadt und Provinzen gewährleistet bleiben.

Die Hauptelemente des Konzeptes in Auszügen:

- Die Partei steht dem gegenwärtigen politischen und ökonomischen System kritisch gegenüber. Es ist nur formal demokratisch und festigt die soziale Ungleichheit.
- Die meisten Mitglieder von Aksyon bezeichnen sich als SozialistInnen oder als von der sozialistischen Kapitalismuskritik geprägt, ohne deshalb notwendigerweise dieselbe Vorstellung einer alternativen Gesellschaftsvision zu haben. Die

Mitgliedschaft ist deshalb offen für alle, die sich dem Partei- und Regierungsprogramm von Aksyon anschließen können. Ein progressives politisches Programm ist nicht vorgegeben, sondern soll in Theorie und Praxis von Aksyon erarbeitet werden.

- Die Partei wird sich innerhalb des bestehenden Systems engagieren, um es verändern zu können.
- Aksyon verpflichtet sich, die Autonomie von Organisationen der Zivilgesellschaft zu verteidigen und zu unterstützen, etwa die der Gruppierungen von Aksyon. In der Spannung zwischen Staat und Zivilgesellschaft sieht sich Aksyon als Zulieferer von Ideen und als Advokat der NROs.
- Es können nur natürliche Personen Mitglied der Partei werden.
- Aksyon begibt sich in den Wahlkampf, um zu gewinnen, nicht um Propagandapunkte zu sammeln.

*zusammengestellt aus: Aksyon!, Nr. 1.1, August 1997*